

II-4176 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 20811J

1982-07-15

A N F R A G E

der Abgeordneten BERGMANN, Dr. HÖCHTL
und Kollegen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend den Giftmüllskandal Wien - Simmering - Schwechat

Durch einen Bericht des Wiener Kontrollamtes ist bekannt geworden, daß in den Entsorgungsbetrieben Simmering (EBS) hochgiftige Stoffe lagern, die in ihrer Menge ausreichen würden, ganz Wien zu vergiften.

Die Anlage, die den anfallenden Mist, bzw. das Gift umweltfreundlich beseitigen sollte, funktioniert nicht. Neben den Giftfässern auf dem EBS-Gelände - niemand weiß übrigens, was sich in den Fässern wirklich befindet - wurde auch im nahegelegenen Schwechat eine Deponie errichtet, auf der Tonnen von Klärschlamm gelagert sind. Auf Grund der unsachgemäßen Lagerung - die Fässer rosten bereits durch - besteht die Gefahr, daß Giftstoffe in das Grundwasser gelangen und ganze Stadtteile unmittelbar gefährdet werden. Es ist durchaus verständlich, daß die Bevölkerung in Wien - Simmering und in Schwechat über diesen Zustand äußerst besorgt ist.

Die Medien haben im Frühjahr 1982 ausführlich über den Giftmüllskandal in Wien - Simmering und in Schwechat berichtet. Insbesondere die "Wochenpresse" hat am 9.3.1982 unter dem Titel "Die Zeitbombe" auf die unmittelbaren Gefahren für die Simmeringer und Schwechater Bevölkerung aufmerksam gemacht.

Die verantwortlichen Politiker der Gemeinde Wien haben die Zeit seit dem Auffliegen des Giftskandals nahezu tatenlos verstreichen lassen und durch Schönfärberei versucht, die Bevölkerung zu beruhigen.

Der vom Kontrollamt der Stadt Wien aufgedeckte Giftmüllskandal läßt den Verdacht begründet erscheinen, daß ihm Verstöße gegen die §§ 180, 181 StGB (vorsätzliche bzw. fahrlässige Gefährdung durch Verunreinigung der Gewässer oder

der Luft) bzw. §§ 182, 183 StGB (vorsätzliche bzw. fahrlässige Gefährdung des Tier- oder Pflanzenbestandes) zugrundeliegen, die vom Amt wegen strafrechtlich zu verfolgen sind und daher die Einschaltung der Sicherheitsbehörden im Dienste der Strafrechtspflege bedingen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e :

- 1) Ist Ihnen der Kontrollamtsbericht über den Giftmüllskandal in Wien - Simmering bekannt ?
- 2) Welche Maßnahmen haben Sie auf Grund des Wochenpresse-Artikels und der darin zum Ausdruck kommenden Verdachtsmomente in Richtung der §§ 180 bis 184 StGB getroffen ?
- 3) Welche Sicherheitsbehörden sind mit der Bearbeitung dieser Strafsache befaßt ?
- 4) Erstreckt sich die Tätigkeit der Sicherheitsbehörden auf alle angeführten Vorfälle und Mißstände oder nur auf einige (auf welche ?) von ihnen ?
- 5) Welche Fälle wurden den Staatsanwaltschaften bzw. Gerichten zur Anzeige gebracht ?
- 6) Um welche Staatsanwaltschaften bzw. Gerichte handelt es sich dabei ?
- 7) In welchen Fällen konnten Tatverdächtige ausgeforscht werden ?
- 8) Wurde von Ihnen mit dem Bundesminister für Justiz das erforderliche Einvernehmen zur gezielten und koordinierten Aufklärung der Straftaten hergestellt ?
- 9) Haben Sie Maßnahmen getroffen, um eine weitere Beeinträchtigung der Umwelt zu vermeiden ?
- 10) Wenn nein, weshalb nicht ?